

Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

Redaktionschluß Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Annahmepreis für die viergespaltene Petit-
zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 22

Coln, den 21. Oktober 1916.

IV. Jahrgang.

Der Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für 1915.

II.

Mitglieder- und Massenverhältnisse.

Die Gesamtzahl der zahlenden Mitglieder ging von 1914 auf 1915 um 106 607, nämlich von 282 744 auf 176 137 zurück. In diesem Abstand gemessen, ist der Grad des Rückgangs natürlich am größten, da das Jahr 1914 noch mit seinen sieben Friedensmonaten in Betracht kam. Der Rückgang macht nicht weniger als 37,7 Prozent aus. Anders wird das Bild, wenn der unter dem Kriegseinfluß stehende Schluß des Jahres 1914 mit dem Jahreschluß 1915 verglichen wird. Wir erhalten dann einen Rückgang von 218 197 auf 162 425 ist 55 772 gleich 25,5 Prozent. Im vorigen Jahre hatte der Rückgang, gemessen an den beiden Summen am Jahresende, 36 Prozent betragen. Am 31. Dezember 1915 standen 150 957 christliche Gewerkschaftler in einem militärischen Verhältnis. Ganz genau stimmt diese Zahl nicht. Sie ist jedenfalls noch etwas größer, da ein Teil der Eingezogenen es nachweisbar unterlassen hat, dem Verband über seinen Verbleib Mitteilung zu machen. Nimmt man diese 150 957 einberufene zu den am 31. Dezember 1915 vorhandenen zahlenden Mitgliedern hinzu, so ergibt sich eine gesamt Mitgliederzahl von 313 382. Ende 1913 hatte die Zahl der Mitglieder 341 735 betragen. Danach würde sich also ergeben, daß der Krieg die Gewerkschaften voraussichtlich viel weniger dauernd angreift, als zumeist befürchtet wurde.

Geht man von den Zahlen im Durchschnitt der Jahre 1914/15 aus, so haben alle christlichen Gewerkschaftsverbände Mitgliederverluste aufzuweisen, mit alleiniger Ausnahme des Gewerkschaftsverbandes der Heimarbeiterinnen und des Krankenpflegerverbandes. Ersterer hatte eine noch wesentlich stärkere Mitgliederzunahme zu verzeichnen, wie im vorigen Jahre, und auch bis zum Jahresende 1915 war sein Mitgliederbestand noch weiter gestiegen. Uebrigens hatten, wenn der Jahreschluß 1914 und 1915 verglichen wird, neben den Heimarbeiterinnen und Krankenpflegern auch die Verbände der württembergischen Eisenbahner und der Telegraphenarbeiter eine Zunahme aufzuweisen. Absolut am meisten von Verlusten mitgenommen sind die Bauarbeiter; dann die Metallarbeiter, Bergarbeiter, Textilarbeiter, Holzarbeiter und Deutschen Eisenbahner. Mit verhältnismäßig besonders starken Verlusten kommen sodann die Verbände der Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter, der Keram- und Steinarbeiter, der Maler, der Lederarbeiter, der Schneider usw. in Betracht.

Durch den erfreulichen Aufschwung des Gewerkschaftsvereins der Heimarbeiterinnen ist es gelungen, die Gesamtabnahme der weiblichen Mitglieder auf niedriger Höhe zu halten als im Vorjahre.

In Bezug auf die Massenverhältnisse wurde im Bericht für das Jahr 1914 darauf hingewiesen, daß die Entwicklung in dem genannten Jahre die Wirkungen des Krieges nur erst in verhältnismäßig geringem Umfange wiederpiegeln, daß die volle Wucht der Kriegseinwirkung dagegen im Jahre 1915 zur Geltung kommen werde. So ist es in der Tat. Die Gesamtsummen von Einnahmen und Ausgaben weisen ganz erhebliche Veränderungen auf. Die Summen der Einnahmen fiel von 5 863 674 Mark in 1914 auf 3 317 847 Mark in 1915, also um nicht weniger als 2 545 827 Mark. Tabelle 2 läßt auf den ersten Blick erkennen, womit dieser Rückgang zusammenhängt: mit der Verminderung der Beitragseinnahmen. Satten diese in 1914 noch 5 160 179 Mark erbracht, so im Berichtsjahr nur mehr 2 779 885 Mark. Es macht sich überaus fühlbar, daß gerade die beitragskräftigsten Mitglieder ausgeschieden sind. Trotzdem wurden noch über 30 000 Mark Extrabeiträge aufgebracht, gegen 27 717 Mark im Vorjahre. Erwähnenswert ist, daß aus Aufnahmegebühren doch noch fast 11 000 Mark hereinkamen, wovon allerdings der weitaus größte Teil auf die Heimarbeiterinnen entfällt.

Die Einnahmeverminderung und der noch zu erwähnende Vermögensrückgang machten natürlicherweise auch eine Einschränkung in den überhaupt beschneidbaren Ausgaben erforderlich; daneben scheidet infolge des Krieges eine Anzahl von sonst erheblich ins Gewicht fallenden Aufwendungen überhaupt mehr oder minder aus. Infolgedessen ging die Summe der Ausgaben von 5 871 801 auf 3 505 807 gleich 2 365 994 Mark zurück. Die Verminderung war sonach hier geringer, als bei den Einnahmen, was auf eine verhältnismäßig stärkere Inanspruchnahme der Finanzen hinweist. Erspart wurden beim Posten Verbandsorgane rund 170 000 Mark, in der Agitation über 300 000 Mark; die Streik- und Bemahrgeltenunterstützung, sonst durchweg der am meisten belastete und in seiner Höhe alle anderen Unterstützungen zusammen überragende Posten, ist auf 15 000 Mark zurückgegangen; im vorigen Jahre hatte diese Unterstützung noch fast 340 000 Mark erfordert. Erheblich gespart wurde auch an persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten. Daß an Krankengeld rund 450 000 Mark weniger als im Vorjahre ausbezahlt wurden, ist aus den ganzen, durch den Krieg gegebenen Verhältnissen zu erklären: die im Militärverhältnis stehenden Mitglieder scheiden für den Bezug von Krankengeld aus. Im Lande selbst ist aber auch verhältnismäßig

der Krankenbestand sehr gering. Sterbegeld, Rechtsschutz und einige andere Posten hielten sich auf annähernd gleicher Höhe wie im Vorjahre. Sehr wesentlich, nämlich um 333 000 Mark, ging der Anteil der Lokalkassen zurück. Die Beiträge an den Gesamtverband sanken um rund 45 Prozent. Der Ausfall ist somit viel erheblicher, als der Mitgliederrückgang, was damit zusammenhängt, daß für die Mitglieder der verhältnismäßig am meisten vom Krieg verschonten Verbände, deren Beitragsleistung für den Gesamtverband aber dadurch mehr ins Gewicht fällt (Staatsarbeiter, Heimarbeiterinnen), geringere Beiträge geleistet werden. Auch die sonstigen Ausgaben fielen um nahezu 300 000 Mark.

Schließlich noch ein Wort über den Vermögensstand. In der Entwicklung von 1913 auf 1914 hatte das Gesamtvermögen trotz des inzwischen eingetretenen Krieges noch eine leichte Erhöhung erfahren. Von 1914 auf 1915 dagegen ging der gesamte Kassenbestand von 9 727 358 auf 7 545 376 Mark, d. h. um 2 181 982 Mark zurück. In Wirklichkeit be-

trägt die Verminderung weniger als eine Million Mark. Es schieben nämlich in der diesmaligen Statistik beim bayerischen Eisenbahnerverband rund eineinhalb Millionen Mark deswegen aus, weil der Verband seine Unterstützungskasse der Deutschen Volksversicherung angegliedert hat und daher die dafür in Betracht kommenden Bestände in der Gewerkschaftsstatistik nicht mehr erscheinen. Der Ausfall jener weiteren Million Mark aber hängt in natürlicher Weise zusammen mit den verminderten Einnahmen und mit den vermehrten Bedürfnissen zugunsten der Krieger und ihrer Angehörigen. Die Verringerung der Vermögensbestände ist natürlich unter gewerkschaftlichen Gesichtspunkten eine ernste Sache, weil auch zum gewerkschaftlichen Kriegführen Geld, Geld und immer wieder Geld gehört. Jedoch kann freimütig eingestanden werden, daß man sich im Anfang des Krieges die zu erwartenden Verluste viel, viel höher vorgestellt hatte, selbst bei wesentlich kürzerer Kriegsdauer.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1915.

Organisation	Nf. Nummer	Mitgliederverhältnisse								Kassenverhältnisse					
		Bay. d. Ortsgruppen am 31. Dez. 1915	Mitgliederzahl i. Jahresdurchschnitt		Davon weibliche		Mehr bzw. weniger gegenüber dem Vorjahre		Mitgliederzahl am 31. Dez. 1915	Gesamteinnahme M.	Gesamtausgabe M.	Kassenbestand am 31. Dez. 1915 M.	Davon in den Hauptkassen M.		
			1914	1915	1914	1915	männlich	weiblich							
Bergarbeiter	1	759	49140	36860	—	—	—	12280	—	34020	855262	791280	2057638	2034822	
Bayrische Eisenbahner	2	89	27454	23535	—	—	—	3919	—	23196	148932	116683	247645	247645	
Textilarbeiter	3	261	32971	21500	10727	8428	—	9172	—	18217	316346	358170	509972	451337	
Deutsche Eisenbahner	4	406	24837	18662	—	—	—	6175	—	18110	88857	81379	70686	62191	
Metallarbeiter	5	154	34423	18653	701	560	—	15629	—	16027	600430	509455	1775323	1703135	
Heimarbeiterinnen	6	90	9293	11958	9293	11958	—	—	+	2665	12915	55256	42057	74875	61687
Bauarbeiter	7	873	32571	9975	—	—	—	22606	—	9308	343110	605618	1246361	1036387	
Holzarbeiter	8	218	13588	5269	220	165	—	8264	—	4062	218533	262282	650790	531635	
Württemb. Eisenbahner	9	82	4030	4001	29	29	—	29	—	3960	14255	10960	17396	17396	
Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter	10	170	8944	3940	691	572	—	4885	—	3470	100045	105433	88102	29672	
Tabakarbeiter	11	109	5043	2482	2011	1237	—	1787	—	2245	39946	41500	13753	10199	
Krankenpfleger	12	34	939	1961	313	306	+	1029	—	1961	17370	15727	2343	1643	
Gemeindearbeiter und Straßenbahner	13	66	3845	2050	19	19	—	1795	—	1905	49717	47756	46042	39996	
Forst-, Land- und Weinbergarbeiter	14	147	3207	1904	—	104	—	1407	+	104	1901	50633	53221	3684	795
Militärhandwerker u. Arb.	15	46	2572	1336	—	—	—	736	—	1336	19965	17710	7555	5872	
Keram- und Steinarbeiter	16	102	5947	2053	160	46	—	3780	—	114	1616	42360	68178	47718	42945
Gutenberg-Bund	17	104	3005	1714	—	—	—	1291	—	—	1490	181380	189068	574397	565717
Schneider	18	79	3766	1632	329	276	—	2081	—	53	1360	36220	38108	38524	27342
Lederarbeiter	19	53	4561	1547	392	130	—	2752	—	262	1156	35505	40607	41686	37535
Nahr- und Genussmittel-industriearbeiter	20	28	2379	1042	369	207	—	1175	—	162	1066	24259	23363	8159	4695
Gasthausangestellte	21	44	3347	1326	17	14	—	2018	—	3	695	23747	25198	—	—
Graphischer Zentralverband	22	36	2144	804	353	191	—	1173	—	162	639	20841	23683	33087	28120
Telegraphenarbeiter	23	92	1199	533	—	—	—	666	—	—	567	9662	9214	8027	8027
Maler	24	42	2716	586	—	—	—	2130	—	—	475	18679	23346	24074	21678
Gärtner	25	10	813	314	—	—	—	499	—	—	228	5987	5741	7639	7196

Lohnbewegungen und Erfolge.

Hier weist der Bericht zunächst darauf hin, daß es un-
gemein schwer gewesen sei, zahlenmäßige Angaben zu er-
langen. Die Zahl der gemeldeten Bewegungen beläuft sich
auf 880 gegenüber 664 im Vorjahre. Von diesen endeten
658 mit vollem, 94 mit teilweisem und 128 ohne Erfolg.
Von den 25 Verbänden sind aber nur 8 in der Tabelle auf-
geführt, ein Umstand, der wohl darauf zurückzuführen ist,
daß es den übrigen Verbänden durch Einziehung des größten
Teils der Beamten an der notwendigen Zeit mangelte, die
zeitraubenden Zusammenstellungen zu machen. Soweit un-
ser Verband in Frage kommt, verweisen wir auf den Bericht
unseres Verbandes in Nummer 9 und 10 des Verbandsor-
ganums von diesem Jahre. In den

Schlussbemerkungen

heißt es dann im Bericht zusammenfassend:

„Zu gewissen Zeiten während des Weltkrieges haben
breite und eingehende Auseinandersetzungen darüber statt-
gefunden, ob eigentlich der bei Kriegsausbruch von allen
Seiten bereitwillig und feierlich beschworene Burgfriede noch
bestehe oder nicht. Und der Ausklang derartiger Erörterun-
gen war dann jedesmal die etwas pharisäische Anklage
gegen „den andern Teil“, daß der Bruch von ihm verur-
sacht und ausgegangen sei. Wir meinen, wo derartige Aus-
einandersetzungen notwendig werden, hat man den Sinn
des Burgfriedens überhaupt nicht recht verstanden und letz-
teren niemals praktisch geübt. Die Gewerkschaften faßten
ihn so auf — und das ist wohl die einzig berechtigte Auf-
fassung —, daß während der Zeit furchtbarster Not weniger
geredet, als im Sinne der Notwendigkeiten der Stunde
gehandelt werden müsse. Und so richteten sie sich denn auf
die so ganz anders gearteten Verhältnisse ein, gaben der

Gegenwart, was ihr nottut, und trugen im übrigen Bausteine für eine gedeihliche Entwicklung der Zukunft herbei. Die deutsche Arbeiterschaft, die durch die gewerkschaftlichen Organisationen gegangen ist, verwuchs der Mehrzahl nach im Denken und Handeln aufs innigste mit dem deutschen Volke. Da wurden alte Vorurteile ohne Sentimentalität abgestreift und neue Erkenntnisse willig aufgenommen. Denn so verlangte es das Volkswohl. Ihm sollte gedient werden und wurde gedient, weil man wirklich national empfand und wirkte. Man sollte meinen, daß diese Haltung die Gewerkschaften das Verständnis für ihr tiefinnerstes Wesen gestärkt und vermehrt haben müßte. Allein der widerliche Bank bei Gelegenheit der Novelle zum Reichsvereinsgesetz in diesem Jahr hat etwa darüber bestehende Illusionen grausam zerstört. Es liegt uns fern, darüber rührende Klagen anzustimmen: Klarheit war uns immer die beste Voraussetzung für unsere öffentliche Wirksamkeit, und diese Klarheit haben wir jetzt.

Wir wissen, daß uns auch die Zeit nach dem Kriege schwere Kämpfe bringen wird. Die große Geldflüssigkeit im Lande kann uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß durch den Krieg ungeheure Werte für die Weiterentwicklung unseres volkswirtschaftlichen Lebens zerstört worden sind und daß die große Vermögensbildung zu einem erheblichen Teil auf Kosten der Minderbemittelten vor sich gegangen ist. Die Interessentwahrnehmung zugunsten der arbeitenden Bevölkerung wird daher gar nicht entschieden genug sein können, was eine ungeahnte Anspannung der Gewerkschaftskräfte erforderlich macht. Wir sehen sodann dem von Deutschlands Gegnern angedrohten Wirtschaftskrieg nach dem Kriege nüchtern ins Auge und wissen, ein wie großer Anteil an der Ueberwindung desselben gerade der Arbeiterschaft zufallen wird. Die Erziehung der Arbeiter in den Gewerkschaften wird mehr noch, als bisher, auf die Heranbildung qualifizierter Arbeitskräfte angelegt sein. Natürlich sehen wir auch die dem entgegenstehenden Hindernisse: das über alle Maßen hinausgehende Anwachsen der ungelerten Arbeit, die übertriebene Ausnutzung der Kräfte der Jugendlichen, den lähmenden und niederziehenden Wettbewerb der Frauenarbeit. Aber gewerkschaftliche Art ist es nicht, vor den wachsenden Schwierigkeiten zurückzuschrecken.

Und was den gewerkschaftlichen Kampf insbesondere angeht, so entgeht uns nicht die steigende Konzentration der Unternehmermacht, zum Teil durch den Druck des Staates, im Sinne der Kartellierung und Syndizierung der Unternehmer, selbst gefördert. Daß in manchen Leitern dieser Organisationen das „Herrschaftsgefühl“ gegenüber den Arbeitern keineswegs gedämpft ist, ist uns ebenfalls bekannt. Allein wir hoffen, daß das „neue Deutschland“ die von daher drohenden Gefahren erkennen und sich hinter die Forderung der Gewerkschaften stellen wird, daß der Hauptbeteiligte im Produktionsprozeß, der Arbeiter, nicht bloßes Objekt der Produktionen bleibt. Wir hoffen ferner, daß die Kriegserfahrungen doch so nachhaltig sind, um den Gedanken an die Bedeutung einer ehrlichen Sozialpolitik mit ihren Rechten und Pflichten auch während der kommenden Friedenszeit wach zu erhalten.

Trotz allem also: Wir blicken mit Zuversicht in die Zukunft! Der Krieg mit seinen vielen bitteren Erfahrungen, namentlich in letzter Zeit, hat mit den Mlageweibern im deutschen Volk eingeräumt. Wir wurden wirklich, und zwar durchaus nicht sanft, allein auf uns selbst gestellt. Wir lernten die Zähne zusammenzubeißen und der Tat vor dem Wort die Ehre zu geben. Das ist Erziehung nach gewerkschaftlicher Art.

Mit zäher Kraft durchhalten, und wenn es bis zum Äußersten geht! In diesem Punkte sind wir im Lande

drinnen mit denen da draußen in den Schützengräben einig. So sehen wir den kommenden Zeiten und Dingen entgegen: klaren Blickes, voll unerschütterlichen Vertrauens in die eigene Kraft und mit eisernem Willen, uns durchzusetzen, koste es, was es wolle!

Die Beschäftigung Kriegsbeschädigter in den Straßenbahnbetrieben.

Bei der großen Zahl der Kriegsbeschädigten, die dieser Krieg im Gefolge hat, ist es selbstverständlich, wenn versucht wird, sie überall dort unterzubringen, wo sich nur irgendwie die Gelegenheit hierzu bietet. Ganz richtig ist heute erkannt, daß bei der Fürsorge für dieselben nicht das Hauptgewicht auf die Rente, sondern auf eine dem Gesundheitszustand angepaßten Erwerbstätigkeit gelegt werden muß, um ihnen das seelische Gleichgewicht, das Bewußtsein zu geben, trotz der Beschädigung noch ein brauchbares und nützlich-Glied der Gesellschaft zu sein. Bei der Auswahl der Beschäftigung ist aber Vorsicht geboten. Stellt sich heraus, daß einem Verletzten durch die Fürsorgestellen ein Wirkungsbereich zugewiesen ist, der seinen Fähigkeiten nicht entspricht, und dem seine Kräfte nicht gewachsen sind, wird es das zweite Mal umso schwerer halten, seine Willenskraft zu stärken und ihn anzuspornen, die sich für die erste Zeit stets ergebenden Schwierigkeiten zu überwinden. Diese Gefahr kann sich tatsächlich ergeben, weil weite Kreise bewußt oder unbewußt, gerade die öffentlichen Betriebe, wie Eisenbahnen, Post, Gemeindebetriebe, zu denen auch zum großen Teile die Straßenbahnen gehören, für besonders verpflichtet halten, die Kriegsverletzten zu beschäftigen. Ueber dieses wird dann gar zu leicht vergessen, daß auch diese Betriebe gezwungen sind, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden, erhebliche Ansprüche an ihre Angestellten und Arbeiter zu stellen. Insbesondere trifft dieses bei den Straßenbahnen zu. Die weitgehende Beschäftigung von weiblichen Arbeitskräften während der Kriegszeit läßt heute wegen der kurzen Dauer der Beschäftigten noch kein, auf längere Erfahrungen gestütztes, endgültiges Urteil zu.

Sinnfächlich des Gesundheitszustandes wurden zu Friedenszeiten an die Bedienstete und Arbeiter dieser Betriebe große Anforderungen gestellt. Vollständige Gesundheit, gute Sehschärfe und Gehör, ein bestimmtes Körpermaß, waren bei der Einstellung erforderlich; dazu kam noch für verschiedene Beschäftigungszweige gute Umgangsformen und Schreibgewandtheit. Es kann nicht abgeleugnet werden, daß manches, welches dort gefordert wurde, zur glatten Abwicklung des Straßenbahnbetriebes unbedingt erforderlich ist. Gesundheit und Leben von tausenden Fahrgästen und Straßenpassanten werden täglich der Umsichtigkeit und Entschlossenheit eines Straßenbahnwagenführers in die Hand gegeben. Erklärte doch mit Recht vor einigen Jahren Insp. Krüger von der Kölner Straßenbahn auf dem Hamburger Kongreß: „Der Dienst eines Straßenbahnwagenführers ist ebenso verantwortlich, wie der eines Lokomotivführers.“ Daß nun eine Verletzung an den Füßen oder Armen, teilweise Einbuße des Gehörs oder Gesichtes oder sogar innere Krankheiten störend auf die Ausübung dieses Berufes einwirken, ja sogar seine weitere Beschäftigung als Wagenführer vollständig ausschließen, dürfte klar sein.

Ja, wird man erwidern, ein solcher Verletzter oder Kranker kann als Schaffner verwandt werden. Und doch ist nichts falscher als wie diese Ansicht. Gewiß soll eingeräumt werden, daß Fälle vorhanden sind, die die Verwendung eines Kriegsbeschädigten Wagenführers als Schaffner ermöglichen,

aber allgemein kann diese Ansicht nicht vertreten werden. Beinverletzte — bei Amputierten ist es völlig ausgeschlossen — können wohl kaum das lange Stehen — im Durchschnitt 9 bis 10 Stunden im Tage — sowie das beständige Gehen durch den Wagen aushalten. Es macht schon einen gesunden Menschen übermüde. Arm-, Hand- und sonst-Beschädigte können auch nur als leicht Kriegsbeschädigte in Betracht kommen, weil das Auf- und Absteigen, Behülflichkeit den Fahrgästen, Ausgabe der Fahrscheine, Geldwechseln, Bedienen der Klingel und sonstige kaum aufzuzählenden Dienste, die meistens im fahrenden und schaukelnden Wagen ausgeführt werden müssen, erhebliche Anstrengungen erfordern. Auch für die an inneren Krankheiten Leidenden eignet sich der Fahrdienst nur selten. Bei Magenkranken wird die durch den Dienst bedingte unregelmäßige Einnahme der Mahlzeiten das Leiden verschlimmert. Bei Lungenkranken wird der Straßenstaub und sonstige schädliche Partikeln, die sich durch das Fahren aufwirbeln und somit eingeatmet werden, gefährlich werden. Dann aber auch würde die Beschäftigung lungenkranker Angestellter schädigend für das Publikum sein. Bei Nervenleidenden könnte sich ihr Leiden eher verschlimmern als bessern. Bei all dem Mitleid, was man jetzt mit unseren Kriegsverletzten hat, glaube ich doch, daß es nach dem Kriege ebenso gut Leute gibt, die ihre Raunen genau wie vor- auch nachher gegenüber einem meist hilflosen Straßenbahnschaffner auslassen.

Es wirft sich nun die Frage auf, wo können Kriegsbeschädigte im Straßenbahnbetriebe am besten beschäftigt werden?

Als solche Stellen kämen m. E. in Frage: a) im inneren Dienst, Schreibgewandte, als Schreiber, Abrechner, Geldzähler bei der Kasse, Markenverkäufer usw. Bei Außenlinien (sogenannten Vorortbahnen) als Schranken- oder Stellwerkswärter. b) Außendienst, als Posten an verkehrsreichen Punkten, als Bote oder auch zum Aufsichtsdienst. Gerade für den letzten Posten könnten schon sehr viele Kriegsbeschädigte in Frage kommen. Das besondere Privileg für Ausertählte glaube ich, dürfte bei unseren Kriegern in Fortfall kommen. Sie sind sicher dieser Stellen würdig, und was die Befähigung betrifft, wollen wir da keine nähere Untersuchung anstellen, sondern es auf „gerechte Proben“ ankommen lassen.

Nach diesen Darlegungen käme wohl der Fahrdienst für Kriegsbeschädigte weniger in Frage und die sonstigen in diesen Betrieben befindlichen Stellen dürften wohl den Kriegsbeschädigten aus den eigenen Reihen vorbehalten bleiben.

Neben der Beschäftigung ist auch die Lohnfrage von Bedeutung, sowohl für die Verletzten wie auch für die übrigen. Daß Kriegsbeschädigte und Kranke nicht als Lohnrücker beschäftigt werden dürfen, muß oberster Grundsatz sein. Gerade in diesen Betrieben läßt sich schlecht feststellen, ob die geleistete Arbeit dem Verdienst entspricht oder nicht. Die durch die Strapazen des Feldzuges eingetretene Schwächung der Gesundheit und die daraus resultierende verminderte Erwerbsfähigkeit darf eine niedrige Entlohnung nicht zur Folge haben. Den Standpunkt einzelner Verwaltungen, den Kriegsbeschädigten ihren früher erhaltenen Lohn einschließlich der vorhergesehenen Steigerungssätze unter Abrechnung eines Teiles der Rente, kann gut geheißt werden.

Anders ist es nun bei den Schaffnern, diese haben neben ihrem Lohn noch eine Einnahme an Trinkgeld gehabt, was ja auch im Lohnunterschied von meistens 50 Pfg. pro Tag zum Ausdruck kommt. Auch bei der Bemessung der Unfallrente wird ihnen ein gewisser Betrag zum Verdienst hinzugerechnet. Willigerweise müßte nun diesen Kriegsbeschä-

digten oder kriegsranken Schaffnern der Lohn eines gleichartigen Fahrers gezahlt werden. Grundsätzlich falsch ist es nun aber, von den kriegsbeschädigten Schaffnern, wenn sie — wie es schon leider vorgekommen ist — in andern Stellen verwandt werden sollen, einen Aufschlag gleich einem Trinkgeld von 1,50 bis 2,00 Mk. pro Tag verlangen. Nichts ist schädlicher wie dieses. Ganz abgesehen davon, daß die Verwaltungen dem nicht stattgeben, sie schädigen damit ihre eigenen Kollegen und strafen diese, sowie die Organisation, als Lügner. Jahrelang kämpfen die Organisationen darum, das Trinkgeld überhaupt außer Betracht zu lassen, weil es so minimal ist, daß es sich kaum der Mühe lohnt. Dann aber auch werden solche oft unbedachte Äußerungen von den Verwaltungen bei späteren nicht ausbleibenden Lohnforderungen ausgeschlachtet werden.

Die vielen Fragen, die sich aus der Beschäftigung der Kriegsbeschädigten im Straßenbahnbetriebe ergeben, erachten es für notwendig, daß die Straßenbahnverwaltungen endlich ihren alten Grundsatz brechen und mit der Organisation Hand in Hand arbeiten. Wenn dieses geschieht, sind spätere Kämpfe nicht notwendig und beide Teile können diese Zeiten für nützlichere Arbeiten verwenden. Auch die Straßenbahnverwaltungen mögen sich der Worte des Reichskanzlers erinnern, daß ohne Mithilfe der Arbeitgeber und Arbeitnehmer keine Lösung der so wichtigen Frage der Kriegsbeschädigtenfürsorge möglich sei.

Selbstverständlich erachten wir es als die erste Pflicht der gesunden, unverletzten Kollegen, echte Kameradschaft mit den Kriegsverletzten zu halten. Gerade im Fahrdienst gibt es täglich tausend Möglichkeiten, durch kleine Gefälligkeiten, die dem Gesunden nicht schwer fallen, ihnen behülflich zu sein und den Dienst wesentlich zu erleichtern.

zur Kriegslage!

Einunddreißig Kriegserklärungen sind es jetzt, die sich die Kriegführenden gegenseitig ins Haus geschickt haben. Der Judasbrief, der von Rom nach Berlin ging, hat ja an dem wirklichen Verhältnis zwischen Deutschland und Italien nichts geändert. Große Hoffnungen setzten unsere Feinde aber auf den Eintritt Rumäniens in den Krieg. Sollte doch Rumänien die Pforte sein, durch die die Verbündeten nach dem Kriegsziel Rußlands, Konstantinopel, gelangen sollten. Der Einbruch in Siebenbürgen, die Preisgabe von zwei größeren Städten hat auch manchen Zaghaften in seiner sichern Ueberzeugung, daß die Mittelmächte doch endlich Sieger blieben, zweifeln lassen. Wir müssen uns nun aber daran gewöhnen, kleine Rückschläge, die in diesem gewaltigen Ringen auch für uns nicht ausbleiben können, hinzunehmen. Mit unserem Laienverstande ist es nicht möglich, wie uns die Vorgänge dieses Krieges hundertfach bewiesen haben, zu erkennen, weshalb und warum dieses oder jenes nicht verhütet worden ist. Die letzten Vorgänge auf dem rumänischen Kriegsschauplatz, die Siege in der Dobrußja und in Siebenbürgen zeigen uns, daß wir trotz der gemeinsamen Offensive im Westen und Osten noch Kraft genug besitzen, um uns den neuen Gegner erwehren zu können. Und wer weiß, ob nicht der Krieg mit Rumänien und seine Niederwerfung notwendig ist, um Rußland, welches noch immer nicht die Hoffnung auf Konstantinopel aufgegeben hatte und die rumänische Pforte noch offen sah, nun erst von seinem Wahn befreit und vernünftigen Erwägungen zugänglich wird.

Obwohl in den feindlichen Ländern eine Kriegsmüdigkeit anzutreffen ist, die ohne Zweifel um ein bedeutendes unsere übersteigt, dürfte es doch angebracht erscheinen, diese Stimmungen und ihr Einfluß auf den Krieg nicht zu über-

schäden. Frankreich ist wohl eines der Länder, welches die meisten und größten Opfer gebracht hat. Die industriellen und reichsten Provinzen sind vom Feinde besetzt und zum Teil zerstört. Die Zukunft der Nation hat sich in den erfolglosen Anstürmen gegen die deutsche eiserne Mauer verblutet. Diese Tatsache deutet für die Zukunft derjenigen Nation, die schon in Friedenszeiten mit einem Rückgang in der Bevölkerung zu rechnen hat, mehr wie für die übrigen.

Bemerkenswert ist, daß die warnenden Stimmen, die bisher nicht zur Geltung kamen, nun doch in der französischen Kammer sich Gehör verschaffen konnten. Verschiedentlich werden auch schon Stimmen laut, die der Ueberzeugung Ausdruck verleihen, daß, wenn der Sieg noch längere Zeit auf sich warten ließe und sie noch weiter die großen Opfer bringen müßten, Frankreich zu geschwächt sei, um den Sieg weder politisch noch wirtschaftlich für sich ausnutzen zu können.

So beachtenswert diese Stimmen auch sind, man wird doch gut tun, ihnen keine allzu große Bedeutung beizulegen. Noch sind dort diejenigen Männer an der Regierung, die den Krieg gewollt und eingeleitet und sich auf Tod und Verderben mit England verbunden haben. Das französische Volk ist kein Volk der Denker und Dichter, sondern leicht zu leiten, sofern es die Demagogen an der Regierung nur verstehen, die nationalen Leidenschaften aufzustacheln. Daran läßt man es heute nicht fehlen. Um die fürchtbaren Anstrengungen und Opfer nicht ganz nutzlos und wahnsinnig erscheinen zu lassen, wird dem Volke immer wieder vorgegaukelt, der Sieg würde die Opfer belohnen. Unermeßlich groß würden die Früchte des Sieges sein. Je mehr diese Ruhmredereien an innerem Wert verlieren, je trostloser die Sachlage für Frankreich mit jedem Tage auch wird, um so glänzender wird seitens der Regierung die Sachlage dargestellt, nur um den erlahmenden Widerstand immer wieder von neuem mit aller Leidenschaft aufzustacheln. Während in Deutschland die Verlustlisten jedem zugänglich sind, die feindlichen Heeresberichte täglich in den Tageszeitungen veröffentlicht werden, wird in Frankreich alles ängstlich vermieden, was dem Volke Aufklärung über den wahren Stand der Kriegslage geben könnte.

England, seit Jahrhunderten gewöhnt, andere Völker und Nationen zur größeren Ehre Englands sich verbluten zu lassen, möchte diese alte Tradition auch heute noch nicht aufgeben. Wohl muß es jetzt, mehr wie in all den zahlreichen Kriegen der Vergangenheit zusammen genommen, selbst Opfer an Gut und Blut bringen. Nur schwerlich hat es sich hierzu bereit finden lassen. Wenn heute auch dort die Forderung der Zurückgabe Elsass-Lothringens an Frankreich so lebhaftes Befürworter findet, dann entspringt dieses Verhalten wohl weniger der Bündnistreue, wie dem Eigennutz. Ein doppelter Zweck soll damit erreicht werden. Man hofft damit einerseits den Widerstand Frankreichs bis zum äußersten aufzustacheln zu können und andererseits das deutsche Wirtschaftsleben durch den Verlust dieses wichtigen Industriegebietes erheblich zu schädigen. Wie wenig ihm an dem Wohl der übrigen Nationen gelegen ist, zeigt der in den letzten Tagen unternommene Versuch, den neuen Bundesbruder Rumänien ebenfalls an die englische Kette zu legen. Bis heute ist dieses Land, in dem Ehrenworte des Königs und der Minister feil wie Brombeeren sind, dem Vertrage, nur einen gemeinsamen Frieden zu schließen, noch nicht beigetreten. Wohlmöglich gelingt dieses Vorhaben noch, denn wo sich die englische Bulldogge einmal festgebissen hat, gibt es so leicht kein Entrinnen mehr. In England selbst hat man die Hoffnung auf den endgültigen Sieg noch nicht aufgegeben. Das gesteckte Kriegsziel, Deutschlands Industrie lahm zu legen, sich den lästigen Nebenbuhler auf dem

Weltmarkt zu entledigen, soll unter allen Umständen erreicht werden.

Vielleicht werden die Vorgänge der letzten Wochen einen Umschwung der Meinungen herbeiführen. Die mit gewaltigen Einsätzen an Mannschaften und Material unternommene Offensive im Westen und Osten kann heute als gescheitert angesehen werden. Hier und da ist ein Grabenstück, ein Dorf, ein Gebirgsrücken verloren gegangen. Stellungen, überschüttet mit der monatelang aufgespeicherten Munition aus den Werkstätten der halben Welt, mußten aufgegeben werden. Aber das Ziel, die Front der Deutschen zu durchbrechen, sie aufzurollen, wurde an keiner Stelle erreicht. Die Opfer der Feinde an Gut und Blut sind umsonst gebracht. Ihre Hoffnungen, durch die Offensive auf allen Fronten eine Entscheidung zu erzwingen, werden sie wohl, Dank der Standhaftigkeit unserer Truppen, zu tragen müssen.

Einen großen Sieg für Deutschland bedeutet auch das Ergebnis der fünften Kriegsanleihe. Zehneinhalb Milliarden sind der Regierung wieder zur Verfügung gestellt worden. Wer weiß, ob nicht England, welches heute nicht nur für sich, sondern auch für seine Vasallen die silbernen Kugeln beschaffen muß, diese eher ausgehen werden wie uns. Bei dieser Gelegenheit kann nicht eindringlich genug auf den Unsinn hingewiesen werden, der sich hin und wieder hervorwagt in der Behauptung „Je höher das Ergebnis der Kriegsanleihe, je länger dauere auch der Krieg.“ Diese Ansicht gründet sich auf eine totale Verkennung der gegebenen Verhältnisse. Zum Friedensschließen gehören zwei, und solange unsere Feinde nicht geneigt sind, ihre Kriegsziele aufzugeben, kann der beste Wille Deutschlands und seiner Verbündeten zu einem gerechten Frieden nichts nützen. Einen Frieden aber um jeden Preis, dazu liegt gar kein Anlaß vor. Gewiß sind die Opfer an Gut und Blut, die uns die Weiterführung des Krieges auferlegt, unermeßlich groß und hart zu nennen. Aber ein besiegtes, den Bedingungen der Feinde sich unterwerfendes Deutschland würde uns, besonders aber den Arbeitern und Angestellten, Opfer auferlegen, die ungleich größer sein würden, an denen wir und unsere Kindesfinder zeitlebens zu tragen hätten. Solange auf der andern Seite nicht der Wahnsinn vernünftigen Erwägungen, die Gewissenlosigkeit nicht dem Verantwortlichkeitsgefühl Platz macht, werden wir gezwungen sein, auszuhalten.

Dieses können wir umso eher, weil wir die Gewißheit haben, daß die deutschen Staatsmänner durch ihr Verhalten sich ein Anrecht auf unser Vertrauen erworben haben. Inmitten dieses gewaltigen Weltgeschehens kann es nicht ausbleiben, daß die Meinungen eines Siebzigmillionenvolkes nicht in allen Dingen gleich sein können. Wenn wir uns als Gewerkschaftler auch nicht allzuviel über die Gegensätze im politischen Leben bekümmern, kann es uns als Glieder des Volkes doch nicht gleich sein, ob verschiedene bekannte Kreise durch die Propagierung ihrer ulerlosen Annektionspläne eine Annäherung unmöglich machen. Nur schade, daß es nicht möglich ist, all diesen Gelegenheiten zu geben, an der Verwirklichung ihrer Pläne mitzuarbeiten. Nicht zu Haus am grünen Tische, sondern vorne im Schützengraben. Wir glauben bestimmt annehmen zu können, nur einige Wochen einer derartigen Ernüchterungskur würde sie zum Umlernen bringen. Ebenso entschieden abrücken können wir auch von denen, die jede Grenzberichtigung, und wäre sie im Interesse der Sicherheit des Landes noch so notwendig, als unzulässig erklären.

Seit 14 Tagen ist der Reichstag versammelt. Stoff für eine rege Aussprache war genügend angesammelt. Im Hauptausschuß haben die Vertreter des Volkes Gelegenheit gehabt, von der Regierung Aufklärung in all den Fragen,

die mit dem Kriege im Zusammenhang stehen, zu verlangen. Von diesem Rechte scheint auch in ausgiebiger Weise Gebrauch gemacht zu sein. Nach der Berichterstattung im Plenum und der Ausführungen der Fraktionsredner ist zu schließen, daß zwar in allen Fragen, insbesondere über die der Führung des U-Boottkrieges keine Einigung erzielt ist. Anscheinend ist man sich aber darüber einig geworden, die Entscheidung hierüber der Obersten Heeresleitung zu überlassen. Wir glauben auch, Hindenburg, der doch so etwas vom Kriegsführen verstehen soll, ist der geeignete Mann hierzu, wie dieser oder jener Drahtzieher hinter den Kulissen.

Eine Einigung wird auch schwerlich zu erzielen sein darüber, wie das Versprechen des Reichskanzlers „Freie Bahn für den Mächtigen“ zu verstehen ist. Schon heute sehen wir, wie eine jede Partei, ein jeder Stand und eine jede Gesellschaftsschicht ihre Forderung nach dieser Richtung hin geltend zu machen versucht. Bei dem überragenden Einfluß, den die andern Stände schon heute in der Öffentlichkeit und bei der Regierung besitzt, hat der Arbeiterstand alle Veranlassung, auf der Hut zu sein. Zu wünschen wäre, wenn die Regierung heute schon bekundete, nach welcher Richtung hin sie für den Arbeiterstand dieses Versprechen in die Praxis zu erfüllen gedenkt.

Gegenüber all diesen Fragen und Problemen tritt aber im Augenblick der Krieg in den Vordergrund. Das deutsche Volk würde es auch nicht verstanden haben, wenn seine Vertreter in diesem Augenblick, wo die Augen der ganzen Welt auf den deutschen Reichstag gerichtet sind, es an der Geschlossenheit hätte fehlen lassen. Das einmütige Befunden von Regierung und Volksvertretung, wir sind nicht unterzukriegen und wissen uns zu wehren, die Einigkeit in dem Willen, England, den Anstifter und Schürer dieses Weltbrandes, mit allen siegverheißenden, nach den Gesetzen der Menschlichkeit gestatteten Kriegsmitteln zuzusetzen, wird ihren Eindruck im feindlichen und neutralen Ausland nicht verfehlen. Die Hoffnungen der Feinde auf unsere zerstörte Einigkeit haben den realen Untergrund verloren.

So gern wir auch dem ungeligen Kampfe ein Ende bereitet sehen, vorerst wird diese Hoffnung, solange unsere Gegner nicht wollen, nicht in Erfüllung gehen.

Werden aber dereinst über kurz oder lang, einmal muß der Friede kommen, die Friedensglocken läuten, werden wir uns als Arbeiter und Angestellte der Pflicht bewußt sein, das Haus, welches wir unter den größten Opfern nach außen verteidigt haben, auch im Innern wohllich einzurichten.

Aus unsern Berufen.

Erhöhung der Wochenzulagen für die Bonner Straßenbahner.

Unserem Antrage um Erhöhung der bisher gewährten Zulagen an die Angestellten der Bonner Straßenbahn ist nunmehr Rechnung getragen. Am 5. Oktober wurden die Zulagen, rückwirkend bis zum 1. Juli 1916 ausgezahlt. Dieselben betragen nunmehr pro Woche:

Für Ledige	2.00 Mk.
Für Verheiratete ohne Kinder	3.00 Mk.
Für Verheiratete mit 1 Kind	4.00 Mk.
" " " 2 Kinder	5.00 Mk.
" " " 3 "	6.00 Mk.
" " " 4 "	7.00 Mk.
" " " 5 "	8.00 Mk.
" " " 6 "	9.00 Mk.
" " " 7 "	10.00 Mk.
" " " 8 "	11.00 Mk.

Diese Zulagen bedeuten eine wesentliche Erleichterung in der Lebenshaltung der Kollegen. Hoffentlich werden nun

auch die noch abseits stehenden Kollegen einsehen, daß es von wenig Kameradschaftlichkeitsgefühl zeugt, wenn sie auch fernerhin die ganze Arbeit zur Hebung des Standes und Berufes nur den Organisierten überlassen, sich selbst aber damit begnügen, gelegentlich recht kräftig zu schimpfen und stillschweigend die Früchte anderer Leute Arbeit einzustecken.

Kinderzulagen an die Familien der zum Heeresdienst einberufenen städtischen unteren Beamten und Arbeiter wünscht eine Eingabe unserer Mannheimer Ortsgruppen. Wir lassen dieselbe ausnahmsweise wegen ihrer großen Bedeutung im Wortlaut folgen:

„Die gegenwärtig bestehende Lohn- und Gehaltsregelung für die im Heeresdienst stehenden städtischen Beamten und Arbeiter hat seinerzeit fast die restlose Zustimmung der davon Betroffenen gefunden. Durch die gewaltige Kriegsteuerung, die sich im Laufe der verfloffenen Kriegszeit immer stärker entwickelte, haben sich an dieser Regelung jedoch empfindliche Härten fühlbar gemacht.

Die erforderlichen Bedürfnisse in der Familie des Kriegsteilnehmers sind unstreitbar sehr verschieden, je nach der Zahl der zu unterhaltenden Familienmitglieder. Bei den zurückgebliebenen städtischen Beamten und Arbeitern ist nach dieser Richtung dadurch ein Ausgleich geschaffen worden, daß mit Rücksicht auf die höheren Bedürfnisse bei vermehrter Kinderzahl, neben der Teuerungszulage, eine Kinderzulage in der Höhe von 3 Mk. für jedes zu unterhaltende Kind gewährt wird. Aus denselben Gründen ist die reichsgesetzliche Familienunterstützung für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer nach der Zahl der Familienmitglieder abgestuft. Auch viele Privatarbeitgeber haben die bewilligten Zuschüsse an ihre früheren Arbeiter und Angestellte von der Zahl der unterhaltungspflichtigen Familienmitglieder abhängig gemacht und in demselben Sinne wirkt auch die private Kriegsfürsorge.

Da nun alle diese Einrichtungen für die städtischen Arbeiter und Bediensteten hier am Orte ausscheiden, hat die gegenwärtige Regelung für diese oftmals recht unangenehme Folgen. Die Bezüge der Angehörigen sind dadurch in nicht wenigen Fällen geringer als bei Arbeitern und Bediensteten in der Privatindustrie und reichen bei den gegenwärtigen Verhältnissen zum Lebensunterhalt einer zahlreichen Familie nicht aus. Es ist dadurch möglich, daß die Familie eines eingezogenen städtischen Arbeiters oder Unterbeamten mit z. B. acht Kindern mit 130 Mk. oder weniger im Monat auskommen muß, während die Familie eines Arbeiters in der Privatindustrie mit derselben Kinderzahl, allein an reichsgesetzlicher Unterstützung einschließlich von der Stadtverwaltung bewilligter Zuschüsse, den Betrag von 126 Mk. pro Monat erhält. Diese letztere Familie bezieht aber außerdem meist von dem früheren Arbeitgeber oder der Kriegsfürsorge weitere Unterstützung. Wir werden nicht zuviel behaupten, wenn wir feststellen, daß sehr viele Angehörige von städtischen Unterbeamten und Arbeitern, die heute Heeresdienst leisten, sich wesentlich besser stellen würden, wenn diese vor Kriegsausbruch in der Privatindustrie tätig gewesen wären. Die Kriegsteilnehmer unter den städtischen Bediensteten und Arbeitern, die eine größere Familie zurücklassen mußten, sind bei der gegenwärtigen Teuerung vielfach von großen Sorgen bedrückt, da ihre zahlreiche Familie mit den gegenwärtigen Bezügen nicht auskommen kann.

Wir richten daher an den verehrlichen Stadtrat die ergebenste Bitte:

Es möge die bestehende Kinderzulage, die neben der allgemeinen Teuerungszulage den städtischen Beamten und Arbeitern gegenwärtig gewährt wird, auch auf die Fa-

milien der im Heeresdienste stehenden Arbeiter und Beamten ausgedehnt werden.

Wir geben uns der angenehmen Hoffnung hin, daß der verehrliche Stadtrat diese Bitte prüfen und für berechtigt anerkennen wird."

Eine weitere Eingabe um Gewährung eines Vorschusses zur Beschaffung von Kohlen, Kartoffeln usw. für den Winterbedarf richteten die nämlichen Ortsgruppen an den dortigen Stadtrat. Begründet wird der Wunsch mit dem Umstande, daß es der Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten infolge der hohen Lebensmittelpreise, nicht möglich sei, jetzt einen größeren Betrag auf einmal zur Anschaffung des Wintervorrates aufzubringen. Sie verweist ferner darauf, daß Reichs- und Staatsbehörden, auch die Großherzoglichen Behörden Badens, diesem Wunsche bereits Rechnung getragen hätten.

Wie uns in letzter Stunde mitgeteilt wurde, ist dem Gesuch bereits Rechnung getragen.

In Nürnberg ist der Kartoffelbezug derart geregelt, daß die städtischen Arbeiter ihren Bedarf von den Organisationen, die Kartoffeln gemeinsam beziehen, erhalten können. Nach erfolgter Lieferung zahlt dann die Stadt den Organisationen den fälligen Betrag und hält den betreffenden Arbeitern diesen dann ratenweise vom Lohne ab. Für unsere Kollegen besorgt das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften die Lieferung.

Rundschau.

Mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet wurden die Kollegen Heinrich Korn (Ortsgruppe Cöln Gemeindefarbeiter), Tillmann Güter (Ortsgruppe Cöln Straßenbahner). Unseren herzlichsten Glückwunsch. Möge ihnen eine glückliche Heimkehr beschieden sein.

Adressen. Die Adresse unseres Zentralvorsitzenden, Kollegen Dedenbach, der sich nunmehr an der Front befindet hat sich geändert und lautet: Landsturmmann Dedenbach, 45. Reserve-Division, Reserve-Infanterie-Regiment 210, 2. Bataillon, 5. Kompanie. — Kollege Fußbender, Bezirksleiter in Karlsruhe, seit Anfang des Krieges mit dabei, ist nunmehr, nach vielem Hin und Her auf allen Fronten, wieder im Osten gelandet. Seine Adresse. Gefreiter Fußbender, Bug-Armee, Bay. Kavallerie-Division, Sanitätskompanie 1.

— Kollege Becker, Beamter der Cölnen Ortsgruppen, befindet sich in Coblenz. Nachdem er aus dem Westen zurückgekehrt und garnisdienstfähig erklärt wurde, hat er eine, seiner privaten Beschäftigung angepaßten Verwendung beim militärischen Arbeitsnachweis gefunden. Seine Adresse ist: Unteroffizier Becker, Train-Abteilung 8, Ehrenbreitstein, Arbeitsnachweis.

Eine ernste Mahnung. Die lange Dauer des Krieges hat Begleitererscheinungen zur Folge, die besonders auf dem Gebiete der Volksernährung drückend empfunden werden. Obwohl die deutsche Landwirtschaft in den letzten 20 Jahren eine erhebliche Produktionssteigerung aufzuweisen hat und in Friedenszeiten, unter Benutzung ausländischer Futtermittel, in der Lage war, das uneingeschränkte Bedürfnis unseres fast 70 Millionenvolkes an Brot, Fleisch, Fett usw. zu decken, ist, das soll nicht geleugnet werden, durch die Unterbindung der überseeischen Zufuhr eine Knappheit an Lebensmitteln zu verzeichnen. Dadurch werden uns Zurückgebliebenen Opfer auferlegt, die zu tragen wir seit langem nicht mehr gewohnt waren. Das Endergebnis dieses Krieges, hängt aber nicht mehr allein von den ungeheueren, in der Weltgeschichte einzig dastehenden und keine Opfer scheuenden Leistungen unserer unergleichlichen Truppen ab, sondern auch wir in der Heimat sind eine um Deutschlands Existenz ringende

Armee geworden, die gewillt sein muß, alles aufzubieten, um unseren Söhnen und Brüdern draußen an der Front nicht nur das Durchhalten, sondern auch den endgültigen Sieg zu ermöglichen. Dazu darf uns keine Arbeit zu viel, keine Entbehrung zu groß sein, wenn wir auch meinen, dieses oder jenes könnte anders sein, was gewiß nicht zu bestreiten ist, jetzt muß die positive Tat über jede Kritik stehen, da von Kritik allein die schwierige Lage nicht besser, die Gefahr für unser Vaterland aber größer wird. Es darf deshalb immer wieder daran erinnert werden, daß jeder Deutsche heute die heilige Pflicht hat, seine Kraft und sein ganzes Können dem Vaterlande zu weihen.

Was wir aber auf jeden Fall zu unterlassen haben, ist, den Angehörigen im Felde durch den Inhalt unbedachtsam geschriebener Briefe das Leben noch schwerer zu machen als es schon ist.

Erreicht wird dadurch nichts, vielmehr liegt eine Gefahr für eine Verlängerung des Krieges darin. Vielfach gelangen die Feinde in den Besitz derartiger Briefe. Sie freuen sich dann über die angebliche „hoffnungslose“ Lage in Deutschland und ziehen aus solchen Informationen die Schlussfolgerung, daß Deutschland am Ende seiner wirtschaftlichen Kraft angelangt sei und nun, in der Hoffnung auf baldigen Sieg, mit erhöhter Erbitterung den Kampf fortführen, wodurch das Ende dieses fürchterlichen Krieges weiter hinausgeschoben wird. Es kann daher nicht erst und eindringlich genug gewarnt werden, vor dem Absenden solcher Briefe, die von den Feinden vervielfältigt und durch Flieger massenweise auf die deutsche Stellungen herabgeworfen werden.

Aus den Ortsgruppen.

Zwickau. Wie bereits in unserem Organ kurz mitgeteilt wurde, sind die Teuerungszulagen erhöht worden. Das diesbezügliche Schreiben an den Kollegen Vogt, Sekretär des Gesamtverbandes, der unsere Eingabe verfaßt und eingekandt hatte, lautet:

„Auf Ihre Eingabe vom 25. Juli 1916 teilen wir mit, daß der Gesamtrat nach den Aufträgen der zuständigen Ausschüsse beschloßen hat, den städtischen Arbeitern neben den bisher gewährten Teuerungszulagen mit Wirkung vom 1. Juli ds. Jz. ab bis auf weiteres noch folgende Teuerungszulagen zu gewähren:

1. den Gasanstaltsarbeitern:

a) an Unverheiratete und Verh. ohne Kinder je	1 Mk. wöchentlich
an Verheiratete mit 1 Kinde	2 „ „ „
„ „ „ „ 2 Kindern	2,50 „ „ „
„ „ „ „ 3 „ „	3,00 „ „ „
„ „ „ „ 4 „ „	3,50 „ „ „

und weiter für jedes weitere Kind je 50 s wöchentlich,

b) denjenigen gelernten Arbeitern der Gasanstalt, die im Mai 1916 bereits Teuerungszulage erhalten haben, die Hälfte der unter a) festgesetzten Sätze;

2. den Arbeitern des Elektrizitätswerks und der Straßenbahn: den kinderlosen Verheirateten je 50 s wöchentlich; den Verheirateten für jedes Kind 50 s wöchentlich;

3. an alle übrigen Arbeiter, insbesondere an die der Stadtbaubehörde, der Forst-, Friedhofs- und Schlachthofs-Verwaltung:

a) an Unverheiratete, soweit ihr Wochenlohn 28,85 Mk. nicht übersteigt, und an Verheiratete ohne Kinder	1 Mk. wöchentlich,
b) an Verheiratete mit 1 Kinde	2 „ „ „
c) „ „ „ „ 2 Kindern	2,50 „ „ „
d) „ „ „ „ 3 „ „	3,00 „ „ „
e) „ „ „ „ 4 „ „	3,50 „ „ „

und weiter für jedes Kind 50 s wöchentlich.

Als Kinder kommen die schulpflichtigen und jüngeren Kinder, Stief- und Pflegekinder in Betracht, letztere beiden, soweit sie von dem Arbeiter voll unterhalten werden.

Die Nachzahlung der auf die zurückliegende Zeit entfallenden Beträge wird unverzüglich stattfinden.

Der Rat der Stadt Zwickau."

Hoffentlich wird dieser Krieg ein Ansporn für unsere Kollegen sein, für die weitere Ausbreitung des Verbandes einzutreten.

Arbeiterbewegung.

Die christlichen Gewerkschaften Oesterreichs hielten am 8. September in Wien eine dritte Reichskonferenz ab. Der Vorsitzende der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften Oesterreichs Spalowsky berichtete über die Frage der wirtschaftlichen Annäherung Oesterreich-Ungarns an das Deutsche Reich. Die vom Berichterstatter vorgelegten Grundsätze wurden nach Aussprache einmütig gutgeheißen. Die Preisbezüglichen Beschlüsse werden die Grundlagen für die bevorstehenden Verhandlungen mit den christlichen Arbeiterorganisationen des verbündeten Auslandes bilden. Im Anschlusse referierte Ullreich-Wien über die geplante Errichtung einer Zentralrechtsschutzstelle, welche zur Erlangung des staatlichen Unterhaltsbeitrages, hauptsächlich aber als Hilfs- und Beratungsstelle in Angelegenheiten der Versorgung der Kriegsschädigten und Hinterbliebenen von gefallenem Kriegsteilnehmern dienen sollte. Im Verlaufe der Wechselrede wurde die weitgehende Verschiedenheit der Rechtsprechung in diesen Angelegenheiten festgestellt. Kunzschaf-Wien sprach über Organisationsfragen und Ernährungspolitik, wobei er die Schwierigkeiten und die Mittel zur Abhilfe ausführlich darlegte. Folgende Entschliebung fand nach einer lebhaften Aussprache die volle Zustimmung der Konferenz:

„In Erkennung der durch die lange Kriegsdauer gesteigerten Schwierigkeiten einer ausreichenden Versorgung der gesamten Bevölkerung mit Lebensmitteln wie im Hinblick auf die hohen Ziele der Vaterlandserhaltung ruft die christliche Arbeiterschaft alle die natürlichen Unbilden und Nöte des Krieges in heißer Liebe zu Kaiser und Reich, im unererschütterlichen Glauben an den Sieg.

Dieses neuerliche, feierliche Bekenntnis volks- und staatsreuer Gesinnung überdeutet uns aber nicht der Pflicht, auf vorhandene Mangelstände zu verweisen und deren Behebung nachdrücklich zu fordern, wie wir auch stets bereit sind mitzuarbeiten an der Lösung der zahlreichen Fragen des Problems der Volksernährung.

Abermals fordern wir als wichtigste Voraussetzung eines durchgreifenden Erfolges die endliche Schaffung eines gemeinsamen österreichisch-ungarischen Versorgungsgebietes und an dessen Spitze ein gemeinsames Amt, welchem die Beschaffung und gleichmäßige Verteilung aller Lebensmittel und der unentbehrlichen Bedarfsartikel obliegen müßte. Unter allen Umständen aber muß der Handel mit Lebensmitteln und notwendigen Bedarfsartikeln einem einheitlichen Verteilungsplan und der schärfsten staatlichen Kontrolle unterstellt werden. Die Einführung einer Reichsfleischkarte ist ebenso dringend geboten, wie jene einer Milch- und Eierkarte.

Um die Einkommensverhältnisse des Volkes einigermaßen in Einklang zu bringen mit der Verteuerung der Lebenshaltung, hat die Staatsverwaltung allen ihren Angestellten und Arbeitspensionisten angemessene Steuerungsbeiträge zu bewilligen, im gleichen Sinne auf alle autonomen Verwaltungskörper wie nicht minder auf die Privatunternehmungen bestimmend einzuwirken und den gesetzlichen Unterhaltungsbeitrag den Zeitverhältnissen anzupassen.

Im Interesse der Volksgesundheit sind ungesäumt alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Volkskrankheiten, insbesondere der Tuberkulose zu treffen. Durch Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes, wie durch rascheste Einführung der Alters- und Invalidenversicherung muß die Arbeiterversicherung so gefestigt und ausgebaut werden, daß sie den durch die Einwirkungen des Krieges gewaltig gesteigerten Bedürfnissen zu entsprechen vermag.

Im Auftrage der Konferenz hatten Vertreter der christlichen Arbeiterschaft am 16. September eine Aussprache mit dem Minister des Innern, in welcher der Regierung die in der Entschliebung ausgesprochenen Wünsche vorgebracht und begründet wurden.

Es geht doch nichts über Prinzipien. In Neuköln finden demnächst die Stadtverordnetenwahlen statt. Wie nun das Korrespondenzblatt der freien Gewerkschaften berichtet, findet seitens der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft eine genaue Prüfung der Kandidaten statt, ob sie auch genügend prinzipienfest sind, das heißt auf das Programm der sozialdemokratischen Minderheit schwören. Einige Gewerkschaftsangeestellte, die es mit der Mehrheit halten, bestanden diese Prüfung nicht und wurden nicht mehr für würdig gehalten, die Rathausessel zu drücken. An dessen Stelle mußten nun andere gewählt werden. Die Prinzipienfesten fanden denn auch einen andern geeigneten Mann, einen Schneidermeister. Des Lebens ungetriebte Freude wird aber keinem Sterblichen zuteil. Das mußten auch die Herren von der Minderheitspartei erfahren. Es stellte sich nämlich heraus, daß der neue Mann wohl prinzipienfest war, aber als Zwischenmeister für Heereslieferungen sich nicht an den tarifmäßigen Bestimmungen über die Löhne gehalten hatte. Das Oberkommando hat aber mit Wirkung vom 1. Januar 1916 ab die Nichtzahlung der tariflichen Löhne unter Strafe gestellt. Hätte die Verordnung schon für 1915 Gültigkeit gehabt, wäre der „geeignete“ Kandidat zur Vertretung der Arbeiterinteressen im Stadtparlament, jedenfalls mit dem Kriegsgericht in Berührung gekommen. So begnügte er sich mit dem „Ruhm“ an 4 Frauen 500.// restlichen Lohn nachzuzahlen und dabei andern Frauen je 30.// zu bewilligen, nachdem ihn die Schlichtungskommission etwas hart angefaßt hatte.

Wir können die Arbeiterschaft von Neuköln und die städtischen Arbeiter und Angestellten insbesondere nur lebhaft bedauern, wenn ihre Interessenvertretung in die Hände derartiger Leute gelegt würde.

Literarisches.

„Im Dienst und daheim Vaterländischer Verkehrs-Kalender“ ist der Titel eines von Eisenbahnsekretär Köppler — Karlsruhe — herausgegebenen, im Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei daselbst demnächst erscheinenden Kalenders. Er wendet sich an das gesamte deutsche vaterländisch-christlich organisierte Verkehrspersonal. Neben dem Kalendarium bringt er Notizen, Tabellen über Verkehrsweisen und einen höchst wertvollen belehrenden Teil mit Aufsätzen von hervorragenden Sozialpolitikern und Fachleuten. Wir nennen Aufsätze über das Recht der Staatsarbeiter, Organisationsweisen, Wohnungsweisen, Beamtenfragen, über Kriegs- und Heimarbeit der deutschen Post, die Leistungen der Eisenbahner im Weltkriege u. a. Von den Namen der Autoren wollen wir nur einen nennen: den Dichter und Kesselschmied Heinrich Versch, den im Kriege verwundeten und heute in ganz Deutschland verehrten rheinischen Sängers des Weltkrieges. Bei dem billigen Preis von 45.// können wir den Kollegen, die Interesse für das gesamte Verkehrsweisen haben, die Anschaffung empfehlen.



Den Heldentod für König und Vaterland
starben die Mitglieder

Cornelius Dubbelmann,

Mitglied der Ortsgruppe Bonn Straßenbahner,
gefallen am 6. September im Westen.

Wilhelm Kuhl,

Mitglied der Ortsgruppe Cöln Straßenbahner,
gefallen auf dem westlichen Kriegsschauplatze.

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken
bewahren.